



## Extremismus den Kampf ansagen – zum Wohle der Polizei

# Hass und Hetze von rechts- nach linksunten

„Bilder sagen mehr als tausend Worte.“ Dieses Sprichwort, das als Metapher für den Mehrwert von Bildern gegenüber Text steht, verbinden wir in der Regel mit angenehmen Dingen. Die Realität sieht aktuell leider anders aus.

Diese Macht der visuellen Kommunikation, bei der der Mensch ein Bild 60 000-mal schneller verarbeitet als den dazugehörigen Text, bekommt die Polizei als Exekutivorgan des Staates seit dem Tod des Amerikaners George Floyd Ende Mai in Minneapolis in den USA zu spüren.

Es ist ohne jeden Zweifel ein schreckliches Bild und ein unfassbares Handeln eines Polizisten, das ein Afroamerikaner mit dem Leben bezahlen musste. Selbstverständlich muss dieser Akt von Polizeigewalt mit aller juristischen Härte verfolgt werden.

Was nun in der Folge allen voran von Frau Saskia Esken, Vorsitzende der Bundes-SPD, durch ihre unerträgliche These von einem latenten Rassismus in der deutschen Polizei über den



Teich nach Deutschland geschwappt ist, freut Polizeikritiker und erzürnt diejenigen, die zu den 86 Prozent der aktuell befragten Bundesbürger\*innen gehören, die vollstes Vertrauen in eine der weltweit besten Polizeien haben.

Im Fahrwasser dieser verantwortungslos losgetretenen Rassismusdebatte, begleitet von Linksdemonstrationen am Tag der Zukunft in Worms am 6. Juni, den Diskussionen um das Landesantidiskriminierungsgesetz im Land Berlin und der Strafanzeige der DPoIG-Bundesleitung gegen die Kolumnistin der taz, Frau H., finden sich sodann auf einschlägigen Internetseiten oder in den sogenannten sozialen Medien Texte und Bilder wieder, mit denen versucht wird, den haltlosen Rassismusvorwurf zu befeuern.

Mit einer „Erklärung zur Polizei in Deutschland“ haben sich die

Innenministerin und Innenminister und -senatoren sowie der Bundesinnenminister in einer Resolution geschlossen hinter die Sicherheitskräfte gestellt und festgestellt, dass ich jeder Generalverdacht verbietet.

Aber meistens ereilt es die Polizei schlimmer als man denkt. Denn, als wäre es nicht schon genug der schrecklichen Bilder, kommen in der Nacht vom 20. auf den 21. Juni noch weitere fassungslos machende Bilder hinzu. Die aus dem Nichts nach einer Festnahme entstandenen Krawalle in der Stuttgarter Innenstadt hat die DPoIG Rheinland-Pfalz in einer Pressemitteilung mit den Worten kommentiert:

*„Es ist an der Zeit, STOPP zu sagen“*

*Es ist nicht mehr hinnehmbar, dass eine enthemmte Gesellschaft unsere Polizeibeamt\*innen rücksichtslos angreift.*

*Es ist nicht mehr hinnehmbar, dass unsere Polizei politisch demontiert wird.*

*Es ist nicht mehr hinnehmbar, dass ‚Rote Linien‘ überschritten werden.“*

Die Deutsche Polizeigewerkschaft erwartet klare politische Signale und konsequentes Handeln von Politik und Justiz.

Am 24. Juni trafen sich in diesem brisanten medialen Um-



Thomas Meyer,  
Landesvorsitzender

feld die Landesleitung der DPoIG mit Frau Innenstaatssekretärin Steingaß, dem Leiter der Polizeiabteilung, Herr Laux, und dem Leiter des Referats 342, Herr Dr. Keip, zu einem informatorischen Austausch. Die Delegation der DPoIG übergab Frau Steingaß, die in Vertretung des kurzfristig verhinderten Innenministers Roger Lewentz das Treffen leitete, eben jenes Kampagnenplakat und den dazugehörigen Button „Keine Gewalt gegen Polizisten“.

Die Botschaft ist eindeutig: „Wir wollen keine bürgerkriegsähnlichen Zustände in Rheinland-Pfalz!“

Nach den Krawallen von Stuttgart hat der baden-württembergische Innenminister Thomas Strobl treffend die Feststellung gemacht: „Die Polizei kann dieses gesellschaftliche Gewaltphänomen nicht allein lösen.“

Und weil die Polizei es eben nicht allein lösen kann, darf Politik und eine verantwortungsbewusste, soziale Gesellschaft sich einer gemeinsamen, parteiübergreifenden Lösung des Problems nicht entziehen.

Betrachtet man die Zahl der sogenannten politischen Extre-

### Impressum:

Redaktion:  
Volker Maurer (v. i. S. d. P.)  
Fürstehofenstraße 6  
54329 Konz  
Tel. 06501.99605  
E-Mail: [polizeispiegel@dpolg-rlp.de](mailto:polizeispiegel@dpolg-rlp.de)  
Landesgeschäftsstelle:  
Adam-Karrillon-Straße 62  
55118 Mainz  
Tel. 06131.234488  
Fax 06131.225267  
[dpolg@t-online.de](mailto:dpolg@t-online.de)  
ISSN 0937-4876



Wer mit seinem Handy diesen Code einscann, wird automatisch auf unsere Homepage geleitet.



misten, so verzeichnen wir auf dem Gebiet des Rechtsextremismus einen Anstieg auf 32 000 Personen für das Jahr 2019 und die Zahl der Linksextremisten auf über 33 000. Addiert man islamistische und ausländerfeindliche Extremisten hinzu, kommt man auf ein aktuelles Personenpotenzial von circa 120 000, was wiederum einem Anteil von circa 0,15 Prozent der Bevölkerung entspricht.

Dennoch scheint es auszureichen, extremistisch durchgesetztes Gedankengut in Teile unserer Gesellschaft zu platzieren.

In seinem Statement vor dem parlamentarischen Kontrollgremium zur aktuellen Sicherheitslage hat der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz – BfV –, Thomas Haldenwang, am 29. Juni 2020 Faktoren und Tendenzen benannt, die diese Lage negativ beeinflussen.

Aus Sicht der DPolG Rheinland-Pfalz, die wir die Rahmenbedingungen der Arbeit der Tausenden Kolleg\*innen mitgestalten wollen und müssen, ist der Linksextremismus ein beträchtliches Problem.

1. Es gibt eine deutliche Steigerung der Militanz,
2. ebenso der Aggression
3. sowie eine neue Qualität personenbezogener Gewalt.

Meine Zustimmung finden die Worte des BfV-Präsidenten zum Linksextremismus, wenn er sagt:

„Geistige Brandstifter, die sich als rettende Feuerwehr für vermeintlich unterdrückte Werte und Gruppen inszenieren, de facto aber das Löschfahrzeug mit Brennstoff beladen, agieren und agitieren ebenso im Linksextremismus!“

Ich überlasse es dem Leser und der Leserin zu befinden, wo

sich eine sogenannte Kolumne „All cops are berufsunfähig“ oder das Statement der Linken-Politikerin Jule Nagel auf dem linxx.net-Portal zur aktuellen Debatte um die Polizei wiederfinden.

Die Anfangszeilen lesen sich hier wie folgt:

„Mit diesem Text wollen wir all jenen Menschen eine Stimme geben, die sich mit den bedingungslos polizeisolidarischen Statements, ... nicht identifizieren können.“

Bemerkenswert sind hingegen die Worte des ehemaligen Chefredakteurs der BILD, Kai Diekmann, der als Anteilseigner der Berliner taz die oben genannte Kolumne als „Bösartig und Vergiftend“ bezeichnet.

Satire, wenn sie denn eine ist, darf eben nicht alles!

Meine Botschaft ist eindeutig: „Die Würde des Menschen hinter der Uniform ist unantastbar.“

„Der schein-intellektuelle Duktus, hinter dem sich gerne versteckt wird, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch hier Hass und Hetze gegen Menschen in Uniform gepredigt werden.“

Es bleibt eine Mammutaufgabe für uns ALLE, gegen jede Form von Extremismus mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln vorzugehen.

In erster Linie fordere ich die Politik auf, nicht den Rotstift bei der Sicherheit anzusetzen, um auch weiterhin die roten Linien der wehrhaften Demokratie ziehen zu können!

Im Weiteren müssen unsere rechtsstaatlichen, polizeilichen präventiven Eingriffsrechte auf ein notwendiges

Maß an die Realität angepasst werden und eben nicht wie in Berlin oder Bremen mit Gesetzen begegnet werden, die ein provokant latentes Misstrauen gegenüber ihren eigenen Staatsdiener\*innen offenbaren und wo man offensichtlich zu den 14 Prozent der Bevölkerung gehört, deren Vertrauen in die eigenen Sicherheitskräfte getrübt zu sein scheint.

Da ist es hingegen als positives Signal zu werten, wenn unter anderem das Bundesverwaltungsgericht den Bestand des Verbots des Internetportals Indymedia linksunten bestätigt hat, eine rechte Vereinigung wie Combat 18 verboten wurde, Teile der Politik im Bereich der AfD unter Beobachtung des Verfassungsschutzes stehen und dass auch der Blick nach innen nicht verschlossen bleibt, nämlich extremistische Tendenzen in der Polizei gnadenlos aufzudecken und juristisch zu verfolgen.

Für Rheinland-Pfalz hat sich Innenminister Roger Lewentz dankenswerterweise hinter seine Polizei gestellt, in dem er dem Vorhandensein von latenten, rassistischen Tendenzen eine Absage erteilt hat und auch die Beauftragte für die Polizei in Rheinland-Pfalz, Frau Schleicher-Rothmund, kommt zu keinem anderen Ergebnis.

Sehr geehrte Kolleg\*innen,

die Rahmenbedingungen unserer Arbeit habe sich seit meiner Einstellung in der Polizeidienst im Jahr 1989 dramatisch verändert, wir müssen weiter gemeinsam hart arbeiten, dass die Instrumente für unser polizeiliches Handeln die richtigen sind und diese weiterentwickeln.

- > Der Personalkörper muss in den nächsten Jahren weiter ansteigen.

- > Die Anstrengungen zur Gewinnung von geeignetem Nachwuchs müssen weiter intensiviert werden.
- > Die Verteilung des Personals muss transparent und sachgerecht sein und bleiben.
- > Die finanzielle und technische, digitale Ausstattung der Polizei muss beim Finanzministerium eine höhere Priorität einnehmen.
- > Die Gesundheitsversorgung und -vorsorge muss dem Polizeiberuf gerecht werden.
- > Die eingriffsrechtlichen Instrumente müssen schneller angepasst und optimiert werden.
- > Unsere Polizei braucht weiterhin klaren Rückhalt und kein Misstrauen aus der Politik.

Am 19. August findet im Innenausschuss des Landtags die Anhörung zum neuen Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (POG Rheinland-Pfalz) statt, zu der die DPolG als Experte Stellung beziehen wird. Wir waren verantwortlich für die landesweite Einführung des DEIG (TASER) und wollen unter anderem verantwortlich für die eingriffsrechtliche Befugnis der Nutzung der Bodycam in geschlossenen Räumen sowie des Pre-Recordings sein und plädieren unter anderem für die Möglichkeit, den kommunalen Ordnungsbehörden die Anordnung der sofortigen Vollziehbarkeit, zum Beispiel die eines Platzverweises, zu gewähren.

Die Politik steht vor der Sommerpause, viele Kolleg\*innen gehen in den verdienten Jahresurlaub und ich verleihe abschließend meinem Wunsch nach einer möglichst angenehmen Zeit trotz Corona Ausdrück, indem ich ALLEN wünsche, gesund durch den Sommer zu kommen und positive Bilder mitzunehmen.

Thomas Meyer,  
DPoIG-Landesvorsitzender

# Landesleitung bei Staatssekretärin Nicole Steingaß im Gespräch

Coronabedingt war es erst zum 24. Juni diesen Jahres möglich, mit der neuen Landesleitung der DPoIG Rheinland-Pfalz zur aktuellen Lage der Polizei vor Ort ins Gespräch zu kommen. Bedauerlicherweise konnte Innenminister Roger Lewentz sehr kurzfristig der Runde nicht beiwohnen.

## 1. Rückblick und Ausblick Corona

Zusammenfassend halten beide Seiten fest, dass die Auswirkungen dieser Pandemie die Organisation der Polizei vor nie dagewesene logistische und praktische Probleme gestellt haben. Der Landesvorsitzende Thomas Meyer berichtete von telefonischen Gesprächen mit Innenminister Roger Lewentz und mit dem Inspekteur Jürgen Schmitt.

Sei es zum Thema Schutzmasken, Desinfektionsmittel, zu der anfänglich unklaren Situation der Arbeitszeit bis hin zu den Präsenzstreifen der 144 Einsatzkräfte der Abteilung Bereitschaftspolizei oder dem Umgang mit der Kohorten-Regelung. Es gab einen auf das notwendigste Maß ausgelegten Kontakt seitens der DPoIG mit der Hausspitze.

**Fazit:** Grundsätzlich war das Innenministerium in der Lage, diese Krisensituation zu meistern.

Als DPoIG müssen wir feststellen, dass nach vielen Rückmeldungen aus dem Kreise der Kolleg\*innen die heterogene Lage quer durchs Land der Grund für die zeitweise existierende Unzufriedenheit und Frustration gewesen ist und vielleicht an der einen oder anderen Stelle noch ist.

Auch wenn die Behörden im Land sehr eigenständig aufge-

stellt sind, ist es aus Sicht der DPoIG höchste Führungsaufgabe in Krisenzeiten, direktiv den Rahmen abzustecken, um eine möglichst homogene und transparente Verfahrensweise zu gewährleisten.

Beispielhaft sind hier die Mindeststärkenregelungen, Anweisungen zu Anzeigenaufnahmen oder Kontrolltätigkeiten im Wechselschichtdienst, Umgang mit Todesermittlungen im ersten Angriff oder eben auch die Verwendung der Präsenzstreifen der BePo in den Präsidien genannt.

## 2. Aus- und Fortbildung während Corona

Unabhängig von den Auswirkungen des Coronavirus auf die Abläufe im Bereich der Aus- und Fortbildung, konnte sich der Landesvorsitzende noch im Januar ein Bild von der Situation der Raumschießanlage (RSA) im Polizeipräsidium Mainz machen.

Auch wenn mit den RSAen in Wittlich und Enkenbach modernste Anlagen zur Verfügung stehen, ist die Situation für Ausbilder und Kolleg\*innen in Mainz nicht zu akzeptieren.

Abgesehen von der Uraltechnik ist ein Einsatztraining im Zusammenhang mit LebEL nicht möglich, Messerabwehrtraining kommt zu kurz und die Nutzungszeiten lassen für die Kolleg\*innen in der Landes-

hauptstadt keine ausreichende Trainingszeit zu.

Die Bundeswehr, die im Rahmen der Amtshilfe freundlicherweise die Polizei unterstützt, sagt mehr und mehr ihre Unterstützung ab.

Die DPoIG wies hier darauf hin, dass einseitige Erwartungshaltungen seitens einer Behörde, formuliert in dienstlichen Anweisungen gegenüber den Mitarbeiter\*innen, nicht im Sinne der Schnittstelle Anwender und Admi-



> BU

Die DPoIG wies an dieser Stelle auf ein neues „ziviles“ Einsatz- und Schießzentrum am Standort Mainz hin. Die Firma BONOWI, mit denen die DPoIG exklusiv in Kooperationsverhandlungen steht, baut ein einzigartiges Zentrum, in dem sich zwar das Land Hessen, das BKA und andere Sicherheitskräfte einmieten, nicht aber nach aktuellem Stand das Land Rheinland-Pfalz.

Wir werden hier mit Nachdruck an dieser erweiterten Option für die Aus- und Fortbildung mit dem Ministerium in Kontakt bleiben.

## 3. Mobiles Arbeiten in der Polizei

Zum Thema „Mobiles Arbeiten in der Polizei“ (MoAP) hat der stellvertretende Landesvorsitzende Patrick Müller bereits in der Ausgabe des Polizeispiegels im Juni 2020 ausführlich die Situation aus Sicht eines Anwenders dargestellt.

nistrator sein können, wenn die technischen Rahmenbedingungen nicht oder nur eingeschränkt zur Verfügung stehen. Ganz zu schweigen von der fehlenden Netzabdeckung für den Bereich der Wasserschutzpolizei an Rhein und Mosel.

Die DPoIG empfiehlt auch hier ein auf Augenhöhe abgestimmtes Vorgehen an der Schnittstelle zwischen dem PP ELT, den Flächenpräsidien und den Dienststellen vor Ort.

Am Ende des 90-minütigen Austauschs bedankte sich Frau Steingaß für hilfreiche Einblicke aus Sicht der Landesleitung der DPoIG, deren Mitglieder im täglichen Dienst einen direkten Draht zu den Kolleg\*innen vor Ort habe.

Eine Fortsetzung der Gespräche wird es mit Herrn Innenminister Lewentz dann nach der Sommerpause geben. ■



# Ausrüstung in der Polizei

Die Ausrüstung der rheinland-pfälzischen Polizei hat sich in den letzten Jahren stetig verbessert. Aus Sicht der DPoIG Rheinland-Pfalz gibt es unter anderem an folgenden Punkten Verbesserungsbedarf und die Forderungen lauten:

## 1. Wiedereinführung der persönlichen Einsatzhelme

Die Ereignisse in Stuttgart zeigen auf, wie wichtig der persönliche Einsatzhelm ist, wenn ad hoc Polizeikräfte außerhalb der geschlossenen Einheiten zusammengezogen werden müssen. Hier stehen die Kolleg\*innen ohne einen lebensrettenden Helm da.

## 2. Gehörschutz und taktische Kommunikation

In der Ausgabe des Polizeispiegels 4/2019 hat der Landesvorsitzende Thomas Meyer diese aus Sicht der DPoIG notwendige persönliche Ausstattung thematisiert. In der Abteilung Bereitschaftspolizei des PP ELT hat Ende 2019 eine AG einen entsprechenden Arbeits-

auftrag abgearbeitet und einen Bericht vorgelegt. Im Ergebnis wurde die AG beauftragt, erneut tätig zu werden und bis Ende 2020 einen aktualisierten Sachverhalt vorzulegen.

## 3. DEIG/TASER

Am Beispiel eines Einsatzes in der AFA Hermeskeil hat sich erneut herausgestellt, dass die flächendeckende Ausrüstung mit dem TASER mit Nachdruck verfolgt werden muss. BePo-Kräfte, Kräfte der EG Migration und andere Einsatzkräfte der PI waren in einer unübersichtlichen Lage vollkommen ohne dieses wertvolle Einsatzmittel. Ein Einsatz der Schusswaffe wäre eine mögliche, fatale Folge gewesen.

## 4. CO<sub>2</sub>-Warner für die Polizei

Die DPoIG Rheinland-Pfalz tritt vehement für die Ausstattung der Streifenwagen mit einem sogenannten CO<sub>2</sub>-Warngerät, wie es bei den Feuerwehren üblich ist, ein. Nach Berichten aus dem Wechselschichtdienst ist es lebensbedrohlich, wenn man zum Beispiel im Rahmen eines Einsatzes in eine Garten-

laube geht und findet drei Personen leblos am Boden. In einem solchen Fall sind die Personen durch einen offenen Grill in zu Tode gekommen. Eine Kontrolle der Vitalfunktionen würde für die Kolleg\*innen tödlich enden.

## 5. Standortübermittlung bei Notrufen

Grundsätzlich müssen die Mitgliedstaaten der EU nach Art. 26 Abs. 3 der Richtlinie 2002/22/EG sicherstellen, dass die Unternehmen, die öffentliche Telefonnetze betreiben, den Notrufstellen bei allen unter der einheitlichen europäischen Notrufnummer 112 durchgeführten Anrufe Informationen zum Anruferstandort übermitteln, soweit dies technisch möglich ist.

Die polizeilichen Notrufnummern fallen unter die nationale Verordnung über Notrufverbindungen (NotrufV), da der sogenannte „Notrufursprungsbereich“ nach § 2 Nr. 5 NotrufV sowohl die Notrufnummern der Rettungsdienstorganisationen (112) als auch der Polizei (110) berücksichtigt.

### > Wir gratulieren

In den Monaten Juli/August 2020 haben Geburtstag:

#### 40 Jahre

Daniela Hoffmann  
Maren Mentenich  
Mario Morgens  
Thomas Kreuz  
Mario Müller  
Mathias Brinkmann  
Holger Friedrich  
Stephan Bleidt  
Marco Stadel

#### 65 Jahre

Jürgen Bähr

#### 70 Jahre

Egon Herres  
Harald Zelosko

#### 71 Jahre

Heinz Dixius  
Detlef Best

#### 72 Jahre

Robert Keller

#### 73 Jahre

Edgar Wilhelmi  
Berthold Weber

#### 75 Jahre

Volker Grasmück  
Jürgen Roos

#### 78 Jahre

Reimund Meurer

#### 80 Jahre

Karl-Heinz Herzhauser

#### 88 Jahre

Josef Beauvisage

#### 89 Jahre

Paul Gaub

#### 50 Jahre

Jochen Gerlach  
Christine Brehm  
Andreas Nazzaro  
Patrick Klein  
Jochen Kiesgen  
Stefan Laag

#### 55 Jahre

Michael Brzoska  
Martina Atzor-Haas  
Gerhard Bastgen  
Erik Hupperich  
Ana Lauer

#### 60 Jahre

Helmut Backes  
Karl Hack  
Karl-Werner Kamp  
Detlef Lautwein  
Enno Reidenbach

### > Nachruf

Die DPoIG Rheinland-Pfalz trauert um ihr Mitglied

## Ralf Backes

Ralf war während seiner gesamten Dienstzeit DPoIG-Mitglied.

Schon früh engagierte er sich im Kreisverband Wasserschutzpolizei. Er war lange Jahre Mitglied im Vorstand des Kreisverbandes und kandidierte mehrfach auf der Liste für die Personalratswahlen.

Am 8. Mai verstarb er viel zu früh im Alter von 66 Jahren.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.